

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Bündnis zur Förderung der öffentlichen Berliner Musikschulen e.V.

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078
02 DEUTDEDB110

Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH-Wahl 2026

Berlin, den 2.9.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlprüfstein einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre wichtigen Fragen.

Vorbemerkung: Wir bitten um Verständnis, dass wir uns in Teilen bei der Beantwortung dieses Wahlprüfsteins auf unsere Antworten beziehen, die wir im Rahmen des Wahlprüfsteins von Landesmusikrat Berlin e.V. am 15.5.26 gegeben haben bzw. dass wir diese zitieren, wenn Ihre Fragen auf die gleichen Problematiken verweisen.

1

Musikschulen als demokratische Bildungsorte

Musikschulen verstehen sich gemäß der Dresdner Erklärung des VdM als Orte demokratischer Bildung. Wie wollen Sie musikalische Bildungsangebote fördern, die zur Demokratiefähigkeit und Teilhabegerechtigkeit in Berlin beitragen?

— Musikvermittlung und musikalischer Bildung wohnt aus Sicht von Die Linke Berlin ein großes, innovatives und verbindendes Potenzial inne. Als pädagogische- und Alltagspraxis ist Musik geeignet, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, Kommunikation anzuregen, sozial und kulturell heterogene Menschen zusammenzubringen. Diesem Befund stehen die in Teilen völlig unzureichenden Angebote für musikalische Bildung an Schulen entgegen: Zusammenlegungen künstlerischer Fächer, Unterrichtsausfall, eklatanter Fachkräftemangel, unzureichende Personal- und Sachmittel zur Förderung und Verstetigung von Schulensembles usw. Auch dass fast 39 % des Musikunterrichts an Grundschulen fachfremd erteilt wird, ist schlicht inakzeptabel. Hinzu kommt die Situation der Musikschulen (Auswirkungen des Herrenberg-Urteils und bislang kein politischer Wille sichtbar, mit der Anstellung ALLER Honorarkräfte, die dies wollen, eine rechtssichere Situation zu schaffen), deren tolles Angebot für die wachsende Stadt nicht ausreicht und stattdessen ausgebaut werden sollte.

— Musikunterricht und musikalische Bildung schaffen „Räume zweckfreier Autonomie“ (Jürgen Oberschmidt 2025 auf kubi-online.de). Im Zeitalter der Engführung des Bildungsgedankens auf Mathe, Deutsch und erste Fremdsprache ist der im besten Fall grenzüberschreitende Musikunterricht aus unserer Sicht unverzichtbar, das bildet sich aber in der Politik nicht ab. Musikunterricht lässt sich nicht „betriebswirtschaftlich“ darstellen. Betrachtet man die Schüler*innen von heute jedoch ausschließlich als „Humankapital“ von morgen, ist musikalische Bildung vermeintlich verzichtbar.

— Wir sehen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Dilemmas in der Tatsache begründet ist, dass zu wenig ausgebildete Lehrkräfte vorhanden sind und die Ausbildung und der Beruf selbst attraktiver und einfacher zugänglich werden müssen.

Als zentrale Aufgaben, bei denen sich die Politik in der Pflicht sehen muss, sukzessive die Voraussetzungen zu schaffen, sehen wir die vom Landesmusikrat geforderten wöchentlich zwei Unterrichtsstunden Musik durch Fachlehrkräfte und die Ausweitung musikalischer Zusatzangebote. Zudem brauchen wir deutlich mehr Studienanfänger*innen. Die erheblichen schwarz-roten Kürzungen an den Berliner Hochschulen, die auch die Lehrkräftebildung an der UdK direkt betreffen, laufen diesem Ziel direkt

zuwider und müssen deshalb umgehend zurückgenommen werden. Bis 2032/33 werden allein für die Berliner Grundschulen 448 VZE Musiklehrkräfte und 259 VZE für weiterführende Schulen benötigt. Musikschulen sind essenziell für eine von uns gewollte Landschaft Dritter Orte, die sich in der gesamten Stadt abbilden muss.

Der Landesmusikrat Berlin fordert für die öffentlichen Musikschulen:

- Mindestens 9 volle Stellen pro Musikschule für musikpädagogisches Management
- Festanstellungen für Musikschullehrkräfte
- Bessere soziale Absicherung für die freien Honorarkräfte an den Musikschulen
- Mehr Räume für Musikunterricht und Musikschulen

Auch diese Forderungen finden die Unterstützung von Die Linke Berlin, wobei wir uns auf die Expertise des Landesmusikrates stützen, was die Notwendigkeit anbelangt, je 9 volle Stellen pro Musikschule für musikpädagogisches Management zu schaffen.

2

Musikschulfördergesetz

Die Musikschulen sind in Berlin über das Schulgesetz § 123 verankert. Da es in der Absicherung erhebliche Lücken gibt, hat die jetzige Koalition ein Musikschulfördergesetz im Koalitionsvertrag vereinbart.

Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte und welche Inhalte sollte das Gesetz haben?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass es in Berlin einen chancengleichen Zugang zu Musikschulplätzen gibt, der auch den hohen Wartelisten gerecht wird?

Die CDU-SPD-Koalition hat auch hier nicht gehalten, was sie sich im Koalitionsvertrag vorgenommen hat. Ein Musikschulfördergesetz ist nicht beschlossen. Aus Sicht von Die Linke Berlin steht fest, dass es der Auftrag der nächsten Koalition sein wird und sein muss, das Versprechen einzulösen. Selbstverständlich muss die Förderung Freier Musikschulen Bestandteil des Musikschulgesetzes sein. Mit der gesetzlichen Verankerung von Musikschulen (und natürlich auch Bibliotheken) wird festgeschrieben und zugleich als Auftrag verstanden, welchen Stellenwert diese Dritten Orte für

kulturelle Bildung und kulturelle Teilhabe haben, dass sie kein Nice-to-have sind, sondern zur Kultur- und Bildungslandschaft einer Metropole gehören.

3

Umsetzung des Herrenberg-Urteils

Die an den bezirklichen Musikschulen gängigen Honorarbeschäftigungen wurden durch das Herrenbergurteil als Scheinselbstständigkeit und somit rechtswidrig entlarvt.

Wie wollen Sie die unabdingbare und vollständige Umwandlung der Honorartätigkeiten in Festanstellungen in Berlin realisieren?

Wie wollen Sie der wachsenden Stadt und dem zunehmenden Bedarf an Musikschulunterricht gerecht werden?

Die Festanstellung aller Musikschullehrkräfte, die dies wollen, muss zeitnah erfolgen. Die im Doppelhaushalt eingestellten 4 Millionen Euro jährlich reichen nicht aus, um das Herrenberg-Urteil rechtssicher umzusetzen. Wir werden weiterhin dagegen kämpfen, dass zu diesem nicht ausreichenden Geld auch noch auf eine erneute Bestenauslese gesetzt wird, als könne man den Bezirken überhelfen, wie der viel zu schmale Taler verteilt wird. Dass hier Lehrkräfte, die ihre Expertise und ihr Können längst unter Beweis gestellt haben, in einem Wettkampf um die wenigen Festanstellungen im schlechtesten Fall gegeneinander gehetzt werden, ist eine Bankrotterklärung der Politik.

Und ja: Die Linke Berlin will mehr Dritte Orte – also Bibliotheken und Musikschulen – aber wir wissen, dass die Erfüllung dieser berechtigten Forderung einen langen Atem und strategische Planung genauso braucht, wie den politischen Willen, eine Umverteilung zugunsten solcher Dritter Orte zu ermöglichen.

4

Lehrkräftemangel an Musikschulen und Nachwuchsmangel in den künstlerisch-pädagogischen Studiengängen

Die Studie MIKADO-Musik des Deutschen Musikrats hat 2025 den eklatanten Lehrkräftemangel an Musikschulen bundesweit aufgezeigt.

Gleichzeitig ist die Zahl an künstlerisch-pädagogischen Studienplätzen bei weitem zu gering.

Wie wollen Sie die Ausbildungssituation für die künstlerisch-pädagogischen Studiengänge weiter entwickeln, so dass künftig mehr Absolvent:innen für die Musikschulen zur Verfügung stehen?

Wie wollen Sie für die Absolvent:innen den Beruf der Musikschullehrkraft attraktiver machen?

Der Lehrkräftemangel und die zu geringe Zahl an Studierenden und damit Absolvent*innen in künstlerisch-pädagogischen Studiengängen sind zwei Seiten einer Medaille. Die UdK hat sich deshalb mit Hilfe der unter der Regierungsbeteiligung von Die Linke Berlin im Landeshaushalt eingestellten Sondermittel für Lehrkräftebildung auf den Weg gemacht und u.a. aktiv Schüler*innen in Musik- und Kunstleistungskursen angesprochen. Die faktische Streichung dieser Mittel durch Schwarz-Rot sowie generell die Kürzungen bei den Hochschulverträgen gefährden diese und andere Maßnahmen allerdings gerade akut. Die Linke Berlin will die Mittel deshalb unbedingt wieder einstellen. Wir stimmen darüber hinaus den Empfehlungen der MiKADO-Studie zu, dass eine nachhaltige Verbesserung der Personalsituation verlangt, dass Hochschulen, Musikschulen und kommunale Arbeitgeber koordiniert und abgestimmt Maßnahmen entwickeln und umsetzen, die den Beruf der Musikschullehrkraft attraktiver machen. Dabei handelt es sich aus unserer Sicht zentral auch um eine Frage der Anerkennungskultur, denn die Studie besagt ebenfalls, dass viele sich scheuen, einen musikpädagogischen Beruf zu ergreifen, weil dies als „Vergeudung“ musikalischer Fähigkeiten angesehen und zugleich auch nicht ausreichend vergütet wird und bisher mit im schlechtesten Fall lebenslangen prekären Arbeitsverhältnissen verbunden ist. Was die Politik unmittelbar tun kann und tun sollte, ist eine solche Anerkennung beispielsweise auch durch die Festanstellung der Honorarkräfte an Musikschulen faktisch zu untersetzen.

5

Fachräume für Musikschulunterricht

Ein bereits erfolgter Gebäude-Scan hat ergeben, dass die zwölf bezirklichen Musikschulen qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlich mit Fachräumen ausgestattet sind und zugleich ein hoher Sanierungsbedarf vorliegt.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine adäquate Raumausstattung gewährleistet wird?

Wie können öffentliche Räume verbindlich für Musikschulunterricht genutzt werden?

Wie wollen Sie den festgestellten dringenden Sanierungsbedarf angehen?

Es ist richtig, dass die zwölf bezirklichen Musikschulen sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Im Jahr 2023 fanden im berlinweiten Durchschnitt rund 40 Prozent des Unterrichts außerhalb der Musikschulräume statt, wobei auch da große Unterschiede zwischen den Bezirken bestehen (Anm.: In Pankow waren es mehr als 90 Prozent, in Steglitz-Zehlendorf nur ein Drittel der Unterrichtsstunden). Die Nachnutzung bzw. Mitnutzung (Mehrfachnutzung) von Schulräumen ist angesichts des Rummangels auf jeden Fall eine Lösung, jedoch oft mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Wir wollen die Schulgebäude gezielt in den Sozialraum öffnen, nicht wie bisher vor allem für den Breitensport, sondern z. B. auch für Musikschulen, Chöre und Laienensembles. Dafür braucht es eine verbindliche landesweite Regelung analog zu den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN). Die sich daraus ergebenden Bedarfe müssen bereits bei der Planung von Schulneubauten berücksichtigt werden.

6

Musikschulangebote im Rahmen der Regelschule

Wie stehen Sie zu einer integrativen Kooperation mit den öffentlichen Musikschulen im rhythmisierten Schulalltag?

Die Linke Berlin befürwortet den Ausbau von Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen und Musikschulen, sowohl im Rahmen des (rhythmisierten,) gebundenen als auch des offenen Ganztags. Diese Kooperationen sind an vielen Schulstandorten bereits gelebte Praxis. Im Rahmen des schulischen Ganztags werden auch Kinder und Jugendliche erreicht, die sonst keinen Zugang z.B. zum Erlernen eines Instruments oder zu anderen musikalischen Bildungsangeboten hätten, die über den schulischen Musikunterricht hinaus gehen. Wir wollen die Kooperationen zwischen Schulen und Musikschulen deshalb weiter ausbauen und die entsprechenden Ausführungsvorschriften regelmäßig überprüfen und weiterentwickeln, insbesondere auch in Hinsicht auf die von uns angestrebten Festanstellungen aller Musikschulkräfte.

7

Aufgaben des Servicezentrums Musikschulen (szm)

Das szm stellte bei seiner Gründung eine bis dahin fehlende Organisationseinheit zur gesamtstädtischen Steuerung der Musikschulen bereit. Welchen Weg wollen Sie beschreiten, damit das szm seine ursprünglichen Aufgaben gemäß RdB-Beschluss umsetzen kann?

Die Einrichtung des Servicezentrums Musikschulen im Jahr 2023 war eine gute Entscheidung. Mit der Anbindung an die Stiftung für kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung (SKWK) ist damit ein verbindlicher Arbeitsbereich an kompetenter Stelle entstanden, der durch die jährlichen Zuschüsse abgesichert ist und auch künftig abgesichert sein sollte. Die 12 bezirkliche Musikschulen mit mehr als 40 eigenen Standorten und sich stetig weiterentwickelnden Angeboten der außerschulischen Musikerziehung, musikalischen Bildung und Kulturarbeit profitieren von einem Servicezentrum im Sinne der besseren gesamtstädtischen Abstimmung und operativen Unterstützung. Zumal wir aus dem jüngsten Bericht über die aktuelle Situation bezirklicher Kulturarbeit wissen, dass die Ausstattung der Musikschulen mit Verwaltungskräften nicht besser, sondern stattdessen eher schlechter geworden ist.

Wir wollen das Servicezentrum stärken. Was es konkret dazu braucht und möglich ist, sollten wir sehr gerne gemeinsam beraten, denn wir wissen, dass es dafür perspektivisch sicher eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Servicezentrums braucht, die sich angesichts der aktuellen Haushaltslage so einfach leider nicht wird ermöglichen lassen.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin